

Bischof Lehmann mit Dekanen und Rektoren am 7. April war eine erste Etappe in diesem Prozeß.

Konkrete Schritte können allerdings nur auf regionaler bzw. auf Länderebene erfolgen. Entsprechende Beratungen etwa in Bayern haben schon begonnen. Wann und in welchem Umfang es zu der angezielten Straffung des theologischen Angebots kommt, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Das jetzt zu diskutierende Gesamtkonzept der Bischofskonferenz möchte nicht zuletzt der Tendenz entgegenwirken, daß an einzelnen Fakultäten oder Fachbereichen aufgrund zufälliger Konstellationen Stellen gestrichen oder Lehrangebote abgebaut werden, ohne daß die katholisch-theologische Hochschullandschaft insgesamt im Blick ist. Es gibt ja nicht wenige theologische Spezialdisziplinen, die überhaupt nur an einer Fakultät vertreten sind.

Abzusehen ist dagegen schon jetzt, daß auch die neuerliche Attacke des Fuldaer Bischofs gegen die Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten ins Leere laufen wird. Die direkt von seiner Polemik Betroffenen haben in den letzten Wochen mit einmütiger Gegenwehr reagiert. So verwehrten sich z. B. die Dekane von zehn katholisch-theologischen Fakultäten in einer Erklärung vom 5. Mai gegen die „absurden und diffamierenden Unterstellungen, die Dyba gegenüber den Theologischen Fakultäten äußert“. Der Tübinger Dogmatiker *Peter Hünermann*, gleichzeitig Präsident der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie, verteidigte in einer ausführlichen Replik (*Süddeutsche Zeitung*, 15./16./17.4.95) die Einbindung der Theologie in die Universität wie das deutsche System der Staat-Kirche-Beziehungen: „Das Verhältnis zwischen der Freiheit der wissenschaftlichen Theologie und ihrer Bindung an die Kirche, wie

es in den Konkordaten verankert ist, hat sich trotz einiger Konflikte als Modell immer wieder bewährt.“

Deutsche Bischöfe haben sich in den letzten Jahren immer wieder für den Erhalt der Theologischen Fakultäten ausgesprochen, ohne die damit verbundenen Probleme zu verschweigen. So äußerte Bischof *Walter Kasper* von Rottenburg-Stuttgart in einer Ansprache vor dem Fakultätentag Anfang 1991 als Resümee von Überlegungen zum Verhältnis von Theologie und Lehramt: „Wir haben Grund, am gegenwärtigen Status aufs Ganze gesehen festzuhalten und ihn nicht durch unnötige Kontroversen in Mißkredit zu bringen“ (*Theologische Quartalschrift*, Jhg. 1991, S. 250). Im übrigen haben sich die regelmäßigen Gespräche der Vorsitzenden der theologischen Arbeitsgemeinschaften mit den Bischöfen, die nach der „Kölner Erklärung“ ins Leben gerufen wurden, bisher als fruchtbar und konstruktiv erwiesen. Beim letzten Treffen am 19. Mai in Mainz wurde auch über den Vorstoß von Bischof Dyba gesprochen.

Dennoch dürften die nächsten Jahre eine schwierige Phase für die Theologischen Fakultäten werden. Die Pläne zur Straffung werden noch für einige Unruhe sorgen; es wird nicht leicht sein, angesichts divergierender Einzelinteressen und ausgeprägtem Besitzstandsdenken sachlich angemessene und zukunftssträchtige Lösungen zu finden. Dazu kommt, daß sich die Theologie derzeit schwer tut, ihre so notwendige wie anspruchsvolle Aufgabe in Kirche und Gesellschaft, in der produktiven Beschäftigung mit der eigenen Tradition wie im Gespräch mit den anderen Wissenschaften zu erfüllen. Der Rückzug aus der Universität, und wäre es auch ein Rückzug in Raten, wäre allerdings das falsche Signal.

*Ulrich Ruh*

# Ein Prozeß der Selbstzerstörung

## Politische und kirchliche Krisenerscheinungen in Österreich

*In Österreich regiert eine große Koalition, deren Partner beide deutlich angeschlagen sind. Das gilt vor allem für die christdemokratische Österreichische Volkspartei, die mit einem neuen Vorsitzenden in eine schwierige Zukunft startet. Innerkirchlich wird die Szene vom „Fall Groer“ und seine Nachwirkungen beherrscht. Auch die jüngste Sondersitzung des Episkopats fand keinen Weg aus der Krise.*

Der Komet kommt. Diesen Satz prägte *Johann Nestroy*, der große österreichische Satiriker des 19. Jahrhunderts, der in Wahrheit Österreichs einziger Philosoph ist, als Chiffre für die Grundangst vor einer Katastrophe, vor dem Weltuntergang. Diese Chiffre wird von Österreichern, denen Ausländer allzu unbesehen charmante Leichtlebigkeit nachsagen, die aber seit jeher eine ganz spezielle Beziehung zum Untergang und zum Tod haben, gut verstanden. Nicht zufällig gibt

es in Österreich so viele Selbstmorde wie in kaum einem anderen Land, nicht zufällig schrieb *Karl Kraus*, Österreich sei eine „Versuchsstation für Weltuntergänge“.

Zur Zeit kommt der Komet wieder nach Österreich. Die beiden großen Parteien, die in der Zeit nach 1945 Beispielhaftes für ihr Land wirkten, scheinen jetzt geradezu darauf versessen zu sein, sich selbst zu demolieren. Die Kammern und die in den vergangenen Jahren vielgerühmten Sozialpartner, die

Gewerkschaften, und die Arbeitgeber mit ihren Organisationen, eifern den beiden politischen Parteien im manischer Verbissenheit nach. Und jetzt stürzt sich auch die katholische Kirche in diesen Selbstzerstörungsprozeß, deren äußerer Anlaß der „Fall Groer“ ist, dessen Ursachen aber vielfältiger sind, und die desaströsen Folgen der vertrackten Bischofsernennungen der letzten Jahre widerspiegeln.

## Veränderte Rahmenbedingungen und hausgemachte Fehler

Auf politischem Feld wird diese Entwicklung gewiß in erster Linie durch den Umstand ausgelöst, daß mit dem Zusammenbruch des Kommunismus eine wesentliche Ursache für die *politische Sonderentwicklung* Österreichs nach 1945 weggefallen ist. Zunächst mit der sowjetischen Besatzungsmacht im eigenen Land, dann mit dem mächtigen kommunistischen Imperium in nächster Nachbarschaft war Österreich mit einem starren Proporzsystem der beiden vorherrschenden Parteien und mit einer ausgeklügelten Sozialpartnerschaft bemüht, in dieser latent gefährlichen Situation ja keine soziale Unrast im Inneren aufkommen zu lassen. Dieses begreifliche Bemühen führte zu einem zünftlerischen Staatswesen mit einer beispielgebenden Sozialgesetzgebung, in dem Streiks jahrelang praktisch unbekannt waren, das aber mit seinem aufgeblähten bürokratischen Apparat für Eigeninitiative und selbständiges Unternehmertum relativ wenig Spielraum hat.

Spätestens mit dem Beitritt Österreichs zur europäischen Union änderten sich diese Rahmenbedingungen radikal: Zum ersten Mal in seiner Geschichte sieht sich Österreich in die europäische Wirtschaft, auch in die demokratische Entwicklung Westeuropas und dessen geistige Strömungen direkt eingebunden. Was bisher durch die Eigengesetzlichkeit des mitteleuropäischen Raumes und durch vielfältige Bindungen mit osteuropäischer Lebensweise und Mentalität an westlichem Einfluß abgemildert worden war, strömt nun ohne jeden Filter in die Alpenrepublik.

Die letzten Wahlen zeigten bereits umstürzende politische Konsequenzen der neuen Lage. Statt einer Republik, die jahrzehntelang von zwei großen Parteien in enger, wenn gleich von andauerndem Zank zerrütteter Koalition geführt worden ist, zeigt sich heute Österreich nach westlichem Muster als ein Land mit fünf politischen Parteien, die alles in allem als Mittelparteien einzustufen sind. Wohl spielen die *Sozialdemokraten* nach wie vor die erste Geige, aber auch sie verfügen über keine Mehrheit, auch sie brauchen immer wieder die Zustimmung anderer Parteien im Parlament. Die ehemaligen Christlichsozialen, die schon bei der Wiedergründung Österreichs im Jahr 1945 in hellsichtiger Vorausschau das „hohe C“ aus ihrem Namen gestrichen hatten, und seither als Österreichische Volkspartei firmieren, sind überhaupt total abgestürzt. Nach letzten Meinungsumfragen ist die Volkspartei nach den Freiheitlichen nur noch die dritt-

## Theologie und Frieden



**Neu**

Gerhard  
Beestermöller  
Norbert Glatzel  
(Hrsg.)  
**Theologie im  
Ringen um  
Frieden**  
Einblicke in die  
Werkstatt theologi-  
scher Friedensethik  
1995. 218 Seiten.

Fester Einband / Fadenheftung  
DM 116,- / öS 905,- / sFr 116,-  
Theologie und Frieden, Band 6

Die mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation einhergehenden tiefen Umbrüche erfordern eine grundlegende Neukonzeption der Sicherheitspolitik, da praktisch alle bisherigen Planungsvorhaben obsolet geworden sind. In den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen bieten sich Chancen einer Neugestaltung von Friedenspolitik. In Rückbindung an die Tradition und im Dialog der Konfessionen untereinander sowie mit anderen Religionen entwickeln die Autoren des Bandes Perspektiven für eine friedlichere Welt. Das Werk ist zum 15jährigen Bestehen des Instituts für Theologie und Frieden entstanden und seinem Leiter Professor DDr. Ernst Josef Nagel gewidmet.

Herausgeber: Dr. Gerhard Beestermöller ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel; Professor Dr. Norbert Glatzel lehrt Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Freiburg/Br.

stärkste Partei, ein unglaublicher Absturz für die einstige stolze Kanzlerpartei eines *Leopold Figl* und eines *Julius Raab*.

Diese radikale Wandlung der innenpolitischen Szenerie Österreichs ist aber nicht nur durch „schicksalshafte“ Gegebenheiten, auch nicht nur durch die Änderung wesentlicher Rahmenbedingungen herbeigeführt worden, sondern auch durch *hausgemachte Fehler* und Versäumnisse. Da ist zunächst der *Verlust des Profils der einstigen Großparteien* zu nennen, der bei der ÖVP noch stärker als bei der SPÖ zutage trat, so daß man nicht mehr präzise erkennen konnte, wofür diese Parteien eigentlich stehen. Bei der ÖVP kam noch der Umstand hinzu, daß die nun schon seit Jahren schwelende Krise der katholischen Kirche in Österreich für die ohnehin schwindende christliche Substanz der Partei eine immer ärgere Belastung darstellte, so daß es in der Volkspartei schon ganz offen Stimmen gibt, die für eine Beseitigung oder zumindest für ein Verschweigen des traditionellen Anspruchs, eine christliche Partei sein zu wollen, plädieren. Schließlich belastet die ÖVP noch die Tatsache, daß die Konkurrenz von gleich drei zusätzlichen Parteien im relativ schmalen Spektrum von Mitte-Rechts bis Mitte-Links zwangsläufig zu einer ständigen Verkleinerung der eigenen Klientel führen muß.

Dazu kommt noch das aggressive Auftreten des freiheitlichen Parteiführers *Jörg Haider*, der jede Schwäche von SPÖ und ÖVP mit demagogischer Zielsicherheit anprangert, und beide Parteien in eine andauernde Defensivposition hineintreibt. Wie das Kaninchen auf die Schlange, so starren SPÖ und ÖVP auf Haider, der mit handfesten Beispielen des österreichischen Privilegienstadels in den letzten Jahren immer breitere Wählerschichten ansprach und zum meistdiskutierten österreichischen Politiker geworden ist. Beide Koalitionsparteien versäumten es, ihre unleugbaren Verdienste um das ganze Land überzeugend darzustellen, und versuchten statt dessen, Haider durch eine systematische Ausgrenzungspolitik auf sein bisheriges Wählerpotential zu beschränken. Durch diese Strategie kommt es zu einer oft wochenlang andauernden Polemik um einzelne Aussprüche Haiders, was aber zwangsläufig nur dazu führt, daß dieser Oppositionspolitiker über lange Strecken die Schlagzeilen beherrscht und die Phantasie vieler Menschen beschäftigt.

### Die Volkspartei ist auf ein historisches Tief abgesackt

Der Versuch, Jörg Haider als „Nazi“ hinzustellen, ist bisher gescheitert, weil der freiheitliche Parteiohmann in der Regel klug genug ist, direkte Anklänge an nazistisches Gedankengut zu unterlassen. Sein Bestreben ist es ja nicht, seine Partei zu einem Sammelbecken der „Ehemaligen“ der NS-Zeit rückzuentwickeln, sondern er versucht im Gegenteil ständig, über die Reihen der alten Unentwegten, die ja nur ein paar Prozent an Wählerstimmen erbringen, ausubrechen, und

die Massen der Protestwähler anzusprechen, wobei ihn die oft widersprüchlichen Beweggründe dieses Protestes gar nicht primär interessieren.

Auf diese Weise ist es in der Freiheitlichen Partei Österreichs, die mit der FDP in Deutschland überhaupt nicht zu vergleichen ist, zu einem gewaltigen Austausch von Wählern und auch Mitgliedern gekommen. Die Freiheitlichen in Österreich sind heute nicht mehr nur auf ein schmales Wählerreservoir deutschnationaler Sympathisanten im sogenannten bürgerlichen Lager beschränkt, sondern sie sprechen zahllose Arbeiter, kleine Verdiener, in Not geratene kleine Selbständige, Arbeitslose und Pensionisten an, die sich vom Wirtschaftswunder benachteiligt fühlen. Damit ist Jörg Haider nicht nur zu einem Konkurrenten der ÖVP geworden, sondern er ist in Schichten sozialdemokratischer Stammwähler in den großen Städten und in den Industrievieren eingebrochen. Wie ein Staubsauger sammelt er die Protestwähler aller Kategorien, und er verschmäht auch nicht jene, die aus Zorn gegen irgendein Straßenprojekt, in ihrer Wut über Kündigungen durch einen Großbetrieb oder in ihrer Enttäuschung über allzu belastende Teuerungen mit der SPÖ oder ÖVP brechen. Genau dieser Umstand macht Haider für die „Altparteien“, wie er spottet, doppelt gefährlich. In seiner hemmungslosen Demagogie, die jede opportunistische Kehrtwendung bedenkenlos in Kauf nimmt, stellt Haider eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die österreichische Demokratie dar. Nicht etwa deshalb, weil er tatsächlich ein „neuer Hitler“ wäre, wie er von manchen Propagandisten der Großparteien in einer maßlosen Dämonisierung gezeichnet wird, sondern weil er ein Populist ist, der (fast) jedes Mittel für seine Zwecke nützt.

Den beiden Großparteien bleibt faktisch nur eine Strategie, um gegen diese Gefahr anzukämpfen: Durch engste Kooperation sollten sie sich bemühen, wichtige und populäre Projekte zu verwirklichen, die für möglichst viele Bürger positive Auswirkungen haben, und sie sollten jede Chance nutzen, um durch zielbewußte Reformen das österreichische politische System zu entschlacken und die Polemik Haiders zu entkräften. Am Beispiel der EU-Volksabstimmung, die Haider durch wilde Attacken und auch miese agitatorische Untergriffe zu einem „Nein“ umfunktionieren wollte, zeigte sich die überzeugende Kraft der beiden staatstragenden Parteien, die zur allgemeinen Überraschung 67 Prozent der österreichischen Stimmbürger für ein „Ja“ mobilisieren konnten. Dieser Triumph wurde unverständlicherweise nicht genutzt, und bis ins Frühjahr 1995 verzettelten sich SPÖ und ÖVP im Zank untereinander und in den eigenen Reihen, nicht zuletzt im Streit um das sehr unglücklich präsentierte Sparpaket der Regierung.

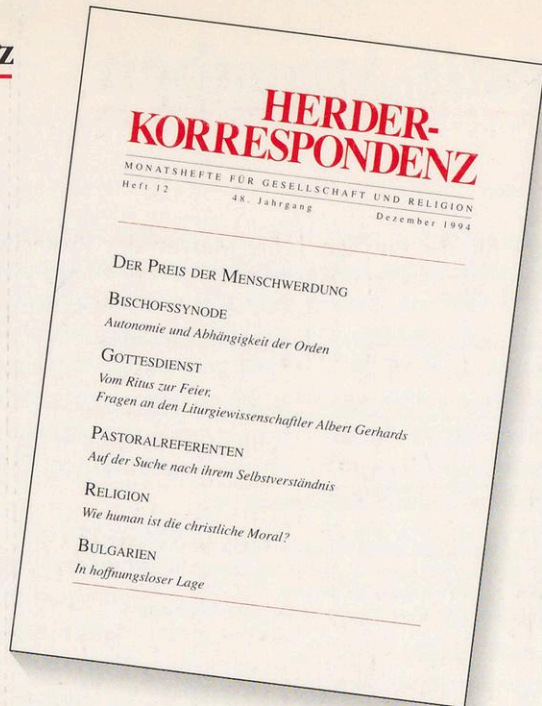
Ein Höhepunkt dieses Abnutzungs- und Demolierungsprozesses war die wochenlang betriebene Demontage des ÖVP-Bundesparteiohmannes und Vizekanzlers *Erhard Busek*, der den meisten Granden der Partei, aber auch weiten Teilen des Parteifußvolkes nicht mehr wählerwirksam genug erschien und in einem abstoßenden Prozeß scheinbar

## Die Herder-Korrespondenz im Abonnement

■ Jeden Monat das Wichtigste aus Kirche, Religion, Staat und Gesellschaft. Sie informieren sich präzise und sparen dabei Zeit.

■ Fakten, Hintergründe, Analysen, Kommentare, Interviews. Für Sie ausgewählt und sorgfältig aufbereitet.

■ Sie behalten den Überblick, erkennen Hintergründe und durchschauen Zusammenhänge.



Bitte mit  
80 Pfennig  
freimachen,  
falls Marke  
zur Hand

Antwort

Verlag Herder  
– Zeitschriften –  
Herrn Clemens Klein

79080 Freiburg

# Abrufkarte für 2 Gratis-Ausgaben

**a**, senden Sie mir kostenlos die nächsten zwei Ausgaben der Herder-Korrespondenz. Wenn mich die Herder-Korrespondenz überzeugt und ich mich bis eine Woche nach Eintreffen der zweiten Ausgabe nicht bei Ihnen melde, möchte ich die Zeitschrift regelmäßig beziehen.

Die Herder-Korrespondenz erscheint monatlich und kostet im Abonnement 4,90 DM (für Studierende 11,50 DM) pro Ausgabe zuzüglich Porto.

*Karte bitte ausfüllen und einsenden oder per Fax an: 0761/2717-426.*

Absender:

\_\_\_\_\_  
Vor- und Zuname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

**X** Unterschrift

Vertrauensgarantie: Innerhalb einer Woche nach Erhalt der zweiten Ausgabe kann ich den Probebezug beim Verlag Herder, 79080 Freiburg, kündigen. Das Datum des Poststempels genügt. Davon habe ich Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Datum

**X** Unterschrift

8 9 10 11

## Ihre Vorteile

- Sie erhalten die nächsten zwei Ausgaben kostenlos zur Probe. Sie lernen die Herder-Korrespondenz gründlich kennen.
- Möchten Sie die Zeitschrift nicht regelmäßig lesen, genügt eine kurze Mitteilung an den Verlag.
- Bei Weiterbezug im Abonnement kommt die Herder-Korrespondenz jeden Monat pünktlich per Post zu Ihnen nach Hause.
- Ihr Anschluß-Abonnement können Sie jederzeit mit einer vierwöchigen Frist zum jeweiligen Halbjahresende beenden.

„hingerichtet“ wurde. Busek gelang es noch, mit allerlei taktischen Wendungen, seinen Freund und Mitstreiter *Wolfgang Schüssel* als seinen Nachfolger durchzusetzen. Wie sein Vorgänger *Josef Riegler* und Busek selbst gehört Wolfgang Schüssel nicht dem CV-Flügel in der ÖVP an, der von 1945 bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre die wichtigsten Mandatare der Partei stellte. Schüssel kommt, wie Riegler und Busek, aus den Reihen der nach 1945 gegründeten Katholischen Jugend und Hochschuljugend.

In seinen ersten Auftritten gelang es Schüssel, seine Parteifreunde in eine allgemein bemerkte Aufbruchstimmung zu versetzen. Ähnliches war jedoch auch bei seinen Vorgängern zu beobachten, die dann nach wenigen Jahren unter deprimierenden Umständen von ihren eigenen Parteigenossen abgehalftert wurden. Eines steht jedenfalls jetzt schon fest. Die sich über Wochen hinziehende Demontage des ÖVP-Parteiobmannes hat die Volkspartei, wie man aus Meinungsumfragen erkennen kann, auf ein historisches Tief von 20 Prozent absacken lassen. Der neue Parteiobmann Schüssel steht vor der äußerst schwierigen Aufgabe, diese schier aussichtslose Lage zu überwinden. Seine erste Maßnahme war es, fast das gesamte Regierungsteam der Volkspartei auszutauschen. Schüssel selbst folgte *Alois Mock* in das Außenministerium, und der vielversprechende Staatssekretär *Johannes Ditz* übernahm das Wirtschaftsministerium. In die anderen Ressorts holte der neue ÖVP-Obmann eine ganze Reihe junger Kräfte aus den Bundesländern. Eine Assistentin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen wurde als Staatssekretärin in das Außenministerium berufen.

Diesem fast totalen Austausch der ÖVP-Regierungsmannschaft war ein massiver Wechsel in der sozialdemokratischen Riege der Bundesregierung vorausgegangen, in der u. a. Finanzminister *Ferdinand Lacina* und Innenminister *Franz Löschnak* nicht mehr vertreten sind. Löschnak war durch seine rigorose Ausländerpolitik gerade von katholischen Gruppierungen heftig kritisiert worden. Sein Nachfolger wurde *Caspar Einem*, der als Sozialarbeiter aus der Grün-Szene kommt und der wegen einiger privater Spenden für ein anarchistisches Blatt sofort in das wütende Kreuzfeuer Jörg Haiders kam.

---

## Ein emotionaler Ausbruch ohne Beispiel

---

Diese Vorgänge auf politischem Gebiet finden in gewisser Weise eine Parallele durch die innerkirchliche Entwicklung, die mit dem „Fall Groer“ einen dramatischen Akzent erhielt (vgl. HK, Mai 1995, 221). Die Enthüllungen des Nachrichtenmagazins „profil“ mit den Aussagen eines ehemaligen Seminaristen, Groer habe ihn vor 20 Jahren als Erzieher sexuell mißbraucht, sorgten für einen emotionalen Ausbruch ohne Beispiel. Spontan erklärten im ersten Augenblick eine ganze Reihe von Bischöfen ihre Solidarität mit dem Kardinal von Wien. In dieser Stimmung trat in Wien zu Beginn der Karwoche die routinemäßige Bischofskonferenz zusam-

men, die eingangs Kardinal Groer mit ganz knapper Mehrheit als Vorsitzenden der Konferenz bestätigte. Dann kam es aber zu einer beispiellosen Welle von Telefonanrufen bei Zeitungen aller Art und auch bei katholischen Institutionen, und die Redaktionen aller Medien wurden von Leserbriefen überschwemmt. Die Boulevardzeitungen badeten in seitenlangen Berichten über die Beschuldigungen gegen Kardinal Groer, zu denen sich bald weitere belastende Zeugen meldeten, ohne allerdings Wesentliches zu den bereits vorliegenden Darstellungen hinzufügen zu können.

Das Thema beherrschte tagelang ganz Österreich und im Lauf der Karwoche wendete sich überraschend schnell das Blatt: Immer mehr Stimmen, auch und gerade Katholiken aus den Kernschichten der Kirche, forderten den Kardinal immer heftiger auf, sein Schweigen zu brechen, das nur geeignet sei, die Gläubigen zu verunsichern. Groer blieb aber dabei, auf die Vorwürfe nicht zu reagieren, und zog sich weiterhin auf sein Schweigen zurück. Der Bischof von St. Pölten, *Kurt Krenn*, verteidigte im Fernsehen nachdrücklich den Kardinal von Wien. Andere Bischöfe, wie *Johann Weber* (Graz), *Egon Kapellari* (Klagenfurt) und *Reinhold Stecher* (Innsbruck) sowie auffallenderweise der neue Weihbischof von Salzburg, *Andreas Laun*, verlangten ein klärendes Wort des Kardinals.

Rom reagierte ungewöhnlich schnell: Am Gründonnerstag – die Bischofskonferenz in Wien tagte immer noch – wurde Weihbischof *Christoph Schönborn* (50) vom Papst zum Bischofskoadjutor in Wien ernannt. Unter dem Eindruck dieser Nachricht trat Kardinal Groer als Vorsitzender der Bischofskonferenz zurück, worauf von einer anscheinend knappen Mehrheit der Grazer Diözesanbischof Weber zu seinem Nachfolger in diese Funktion gewählt wurde. Schon vor sechs Jahren hatte Weber als Vorsitzender kandidiert, war aber Groer knapp unterlegen.

Verbreitetes Aufatmen und überwiegende Erleichterung bildeten das Echo auf diese Wendung der Dinge in der Öffentlichkeit. In einer Pressekonferenz, an der zahlreiche in- und ausländische Fernsehteams sowie Zeitungen aus halb Europa teilnahmen, sagte Weber, es habe ihn eine Lawine an Zuschriften und Anrufen erreicht. Etwa 1000 Briefe und Telefonate seien bei ihm allein eingelangt. All diese Reaktionen zeigten die gegenwärtige Unruhe und spiegelten „die Wehmut, den Schmerz und die Hoffnungen der Menschen“. Es bestehe die echte Gefahr, daß nicht nur das Image der Kirche, sondern auch der Zugang zum Glauben beschädigt werde. Außerdem stünden in der Kirche verschiedene Zeichen bereits auf Sturm. Weber verwies da auf die Kirchenaustritte, die allein in seiner steirischen Diözese im April um 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen sind.

Als praktische Maßnahmen kündigte Bischof Weber eigene „Ombudsstellen“ in mehreren Diözesen für die Prüfung von Vorwürfen vom sexuellen Mißbrauch in kirchlichen Einrichtungen an und bezog sich dabei auf ein amerikanisches Vorbild. Weiters sprach sich Weber für eine Arbeitsgruppe oder einen „Weisenrat“ aus, um eine „menschenwürdige Lösung“

in den Auseinandersetzungen um Groer zu finden, ohne daß es heißt, hier „wird abgewiegelt oder zugedeckt“. Prompt erklärte Bischof Krenn im Fernsehen, er lege sein Veto gegen ein solches Projekt ein, denn es komme allein Rom zu, hier zu untersuchen und zu entscheiden. Damit war vor aller Öffentlichkeit die Spaltung der Bischofskonferenz in dieser Frage klar.

Anfang Mai erfolgte dann eine außerordentliche Bischofskonferenz in St. Georgen am Längsee, in der Weber mit seinen Vorschlägen eines „Weisenrates“ offensichtlich nicht durchkam. Die Pastoralkommission Österreichs wurde statt dessen als „bereits bestehendes Instrument“ beauftragt, konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die Kirche in Österreich der gegenwärtigen Situation am besten begegnen soll. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieses von allen Diözesen beschickte Gremium imstande sein wird, sich anhand einer so heiklen Materie erfolgreich zu bewähren.

Mittlerweile geht die Eskalation weiter. Schon hat sich in Innsbruck eine Gruppe gefunden, die im Juni ein „Kirchenvolksbegehren“ beginnen möchte. *Thomas Plankensteiner*, Religionslehrer am Akademischen Gymnasium in Innsbruck, ist einer der Wortführer dieser Initiative. Durch möglichst viele Unterschriften soll nicht nur die Forderung nach

stärkerer Mitsprache der Ortskirchen bei Bischofsbestellungen, sondern auch die Abschaffung des Pflichtzölibats und die Zulassung von Frauen zur Priesterweihe unterstützt werden. Gegen diese Belastung eines österreichischen Forderungskatalogs mit mondialen Problemen wandten sich in der Folge Kardinal *Franz König*, die Bischöfe Stecher und Weber, sowie die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreichs, *Eva Petrik*.

Diese Auseinandersetzung hat zu allem Überfluß auch politische Arabesken erhalten: Die grüne Parteichefin *Madeleine Petrovic* unterstützte das Kirchenvolksbegehren, um „echte Reformen zu erzwingen“, während der Vorsitzende des Arbeitskreises der Katholiken in der FPÖ, *John Gudenus*, vor schismatischen Ansätzen warnte: „Es ist erstaunlich, wie viele Leute, die schon lange nicht mehr in die Kirche gehen, an der Kirche herumrörgeln. Wenn jemand mit der katholischen Kirche nicht einverstanden ist, kann er ja austreten.“

Wenn Rom nicht rasch und entschieden den „Fall Groer“ endgültig klärt und die Art und Weise der Bischofsnennungen reformiert, könnte sich in Österreich eine weitere Eskalation in der ohnehin schon dramatischen Entwicklung ergeben.

*Fritz Csoklich*

## „Zur Gewissensbildung beitragen“

### Ein Gespräch mit Militärgeneralvikar Ernst Niermann

*Die Bundeswehr steckt mitten in einer grundlegenden Umstrukturierung und bereitet sich auf mögliche Auslandseinsätze vor. Über die künftige Gestaltung der evangelischen Militärseelsorge soll zwischen Staat und Kirche verhandelt werden. Was bedeuten diese und andere neuere Entwicklungen für die katholische Militärseelsorge? Darüber sprachen wir mit Militärgeneralvikar Ernst Niermann, der Ende Juni nach fünfzehnjähriger Amtszeit in den Ruhestand tritt. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.*

**HK:** Herr Dr. Niermann, wenn die Militärseelsorge in den letzten Jahren für Schlagzeilen gesorgt hat, handelte es sich durchweg um die evangelische, deren künftige Ausgestaltung strittig ist. Auf katholischer Seite ist es demgegenüber in Sachen Militärseelsorge ruhig geblieben, kam es jedenfalls nicht zu vergleichbaren Auseinandersetzungen. Woran liegt das eigentlich?

**Niermann:** Der deutsche Katholizismus steht jedenfalls seit Gründung der Bundesrepublik etwas anders zum Staat, zur Demokratie und damit auch zur bewaffneten Macht als bestimmte Strömungen im Protestantismus. Das ist sicher ein erster wichtiger Grund dafür, daß wir im katholischen Bereich nie so heftige Auseinandersetzungen um die Militärseelsorge erlebt haben wie im evangelischen. Massive Anfragen an die Militärseelsorge blieben bei uns

auf ausgesprochen pazifistisch orientierte Gruppen beschränkt. Dazu kommt ein weiterer Faktor: In der Diskussion um die Gestaltung der evangelischen Militärseelsorge geht es vor allem um die Forderung, die Militärseelsorge stärker kirchlich einzubinden. In dieser Beziehung ist auf katholischer Seite in der zweiten Phase der Ausgestaltung der Militärseelsorge in den späten sechziger und siebziger Jahren viel geschehen. Damals hat die katholische Militärseelsorge sehr entschlossen die Umsetzung des Zweiten Vatikanums angepackt, etwa bei der Mitverantwortung des Gottesvolkes für die Sendung der Kirche. Das geschah im Gleichschritt mit der Entwicklung in den deutschen Bistümern.

**HK:** War das die einzige Auswirkung des Konzils für die Militärseelsorge?